



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
 Conseil Suisse des Activités de Jeunesse
 Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili

JAHR /Erstelldatum 1999

Politikpapier	
Förderbereich oder SAJV Querschnitt-Thema	Nationale Jugendpolitik
Position	Für mehr Mitbestimmung
Thema	Partizipation – Legislaturprogramm 1999
Stichwörter	
VerfasserIn	
VS-Verabschiedung/Datum	Ausserordentliche DV 1999
Hintergrund/Ausgangslage	<p>Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft. Deshalb zählt die Gesellschaft heute auch auf sie: Jugendlichkeit wird gross geschrieben! Wenn Jugendliche ihre Anliegen für eine lebenswerte Zukunft und ihre Lösungsvorschläge für aktuelle gesellschaftliche Probleme selbst einbringen wollen, hört die Jugendbegeisterung auf. Was für Jugendliche und die Zukunft richtig ist, wird ohne die jüngere Generation bestimmt. Eine Jugendpolitik, welche alle Politikfelder und Probleme mit Blick auf die jüngere Generation betrachtet, gibt es in der Schweiz nicht.</p> <p>Von Jugendlichen wird erwartet, dass sie sich integrieren und in der Gesellschaft mitarbeiten. Andererseits sehen sich Jugendliche beim Versuch mitzuarbeiten und sich zu integrieren, immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass ihre Anliegen kaum ernst genommen werden.</p> <p>Eine lebenswerte Zukunft kann nur eröffnet werden, wenn die Gegenwart auch im Interesse der jungen Generation gestaltet wird. Dazu ist einerseits die Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen selbst zwingend. Andererseits müssen Lösungen im Sinne einer eigentlichen Jugendpolitik stets auch mit Blick auf die Auswirkungen für Kinder und Jugendliche selbst erarbeitet werden.</p>

<p>Position</p>	<p>Als Sprachrohr von über 500'000 in den schweizerischen Jugendorganisationen zusammengeschlossenen Jugendlichen fordert die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) eine umfassende und neue Jugendpolitik, um insbesondere Kindern und Jugendlichen eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Kinder und Jugendliche verlangen mehr Freiräume und Mitsprache- respektive Mitbestimmungsrechte, damit sie wie angestrebt an dieser Gesellschaft partizipieren können.</p> <p>Forderung 1: Die SAJV fordert, dass die bestehenden gesetzlichen und institutionellen Möglichkeiten für eine Jugendpolitik konsequent umgesetzt werden. Insbesondere muss die Schweiz ihre Vorbehalte aufgeben, welche bei der Ratifikation der UNO- Kinderrechtskonvention gemacht wurden. Die Konvention muss ebenso zwingend umgesetzt werden wie die in der Bundesverfassung verankerten Artikel 8, 11 und 67. Darauf gestützt verlangt die SAJV ein Mitspracherecht für die jüngere Generation.</p> <p>Forderung 2: Jugendspezifische Entscheide des Bundes sollen in enger Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden getroffen werden. In diesem Sinne verlangt die SAJV, dass sie ein weitergehendes, institutionalisiertes Mitspracherecht in der nationalen Jugendpolitik erhält. Damit verbunden ist aber insbesondere auch eine Anerkennung und finanzielle Förderung der Arbeit von Jugendverbänden sowie die Schaffung direkter Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen - besonders in den sie zentral betreffenden. Jugend- und Kinderparlamente sowie Jugendräte, aber auch Jugendkommissionen mit Jugendlichen und SchülerInnenräte müssen gefördert werden. Für eine bessere Integration der jüngeren Generation soll das Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre herabgesetzt werden. Und zur Integration der ausländischen Bevölkerung fordert die SAJV die Einführung des Ausländerstimmrechts.</p> <p>Forderung 3: Die SAJV fordert eine bessere Koordination der Kinder- und Jugendpolitik auf Bundesebene. Dies bedingt eine Verlagerung der Kompetenzen von den Kantonen und Gemeinden zum Bund. Im weiteren soll ein Bundesamt für Kinder und Jugendliche (BAKJ) geschaffen werden.</p>
<p>Argumentation</p>	
<p>Quellen</p>	<p>Legislaturprogramm 1999 (elektronische Version vom Juni 1999)</p>